




ODENWALD KURIER

Zeitung der  für den Odenwald Nr. 6
November 2016

Guten Tag!

Die Herrscher der EU können aufatmen. Nach kurzem Aufbegehren wurde der stolze wallonische Hahn geschlachtet. Das Freihandelsabkommen CETA zwischen Kanada und der Europäischen Union konnte nach der belgischen Einigung unterzeichnet werden. Nach sieben Jahren Geheimverhandlungen fanden es die politischen Vertreter der Banken- und Konzerninteressen empörend, dass im letzten Augenblick vor der Unterzeichnung demokratisch gewählte Parlamente ihre Einwände erhoben. Da hört der Spaß mit der Demokratie aber wirklich auf. Zwar hatten sich die EU-Oberen viel Zeit für die Ausgestaltung dieses undemokratischen Abkommens genommen, aber für demokratische Entscheidungen, für die Abstimmung in Parlamenten, hatte die EU keine Zeit eingeplant. Schon die kurze Verzögerung, die das wallonische ‚Nein‘ bedeutet hat, bewertet die Mainstream-Presse als Skandal.



Wir sagen NEIN zu dieser EU, die einzig und allein den multinationalen Banken und Konzernen dient und dafür die Lebensinteressen der Menschen opfert.

Für uns als DKP heißt das: Wir werden daran mitarbeiten, den Widerstand gegen die asozialen Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TISA zu verstärken und weiter zu organisieren.

Brutale Kürzung des kommunalen Finanzausgleiches durch das Land Hessen führt in den Odenwald-Gemeinden zur Erhöhungen der Grundsteuer

Die brutalen Kürzungen des kommunalen Finanzausgleichs – durch die hessische Landesregierung in die Wege geleitet – zwingen alle, die Haus, Feld und Hof haben, erheblich mehr an Grundsteuer zu zahlen.

Der Hebesatz der Grundsteuer B stieg in Michelstadt um 15 Punkte auf 365%, in Bad König um 45 Punkte auf 495% und in Breuberg um 80 Punkte auf 380%. (*Odenwälder Echo vom 6.10.201*)

Bei Erhöhungen der Grundsteuer A und B z.B. von jetzt 300 Punkten auf 450 Punkte bedeutet das: Wer jetzt 300,00 Euro im Jahr bezahlt, bezahlt dann 450,00 Euro, also 50% mehr!

Die Fraktion der DKP Reinheim im dortigen Stadtparlament hat sich schon im Mai 2016 gegen die geplante Anhebung der Grundsteuer B von 300 auf 450 Punkte ausgesprochen: „Wer jährlich 200 Euro gezahlt hat, muss künftig 300 Euro hinblättern. Das ist eine Anhebung um 50 Prozent. Und das treibt auch die Mieten hoch, denn die Grundsteuer wird umgelegt. Anstatt den Bürgerinnen und Bürgern in die Tasche zu greifen, müsste mehr Geld von Land und Bund an die Städte, Gemeinden und Landkreise fließen.

Das Beispiel Reinheim ist kein Einzelfall. In umliegenden Städten und Gemeinden sind ähnliche Dinge zu verzeichnen. Das Geld reicht nicht. Die Steuern und Gebühren werden erhöht.

Das Land Hessen mit der CDU-GRÜNEN-Regierungsmehrheit stattet die Städte und Gemeinden mit zu wenigen Geldmitteln aus. Unter Aushebelung der verfassungsmäßig verbrieften kommunalen Selbstverwaltung werden die Gemeinden gezwungen, dem Bürger immer wieder in die Taschen zu greifen. Aus unserer Sicht ist das der falsche Weg. Jede Erhöhung treibt den Durchschnitt nach oben. Und so zwingt das Land Hessen die Gemeinden, immer weiter an der Schraube zu drehen.

Gemeinsam müssen sich Städte, Gemeinden und Landkreise wehren. Die Gemeinden brauchen mehr Geld, damit die Mehrzahl nicht immer mehr zahlt. Bei der Rüstung, den großen Monopolen, den Gehältern der DAX-Vorstände ist das Geld zu holen. Hierzu wäre eine Reform im ursprünglichen Sinne erforderlich. Die DKP ist bereit, gemeinsam mit anderen hierfür zu wirken.“

(Unser Weg, Zeitung der DKP Reinheim, August 2016, S.1)

Deutschland rüstet zum Krieg

Als der Kriegsprediger Gauck vor der so genannten Sicherheitskonferenz in München die Deutschen dazu aufrief, wieder opferbereit zu werden und den Einsatz der Bundeswehr auf neuen Schlachtfeldern als patriotische Selbstverständlichkeit zu betrachten, haben das nur Wenige beachtet.

Auch die seit Jahren konstant wachsenden strategischen Operationen zur Einkreisung Russlands, die enorme Aufrüstung des Baltikums etwa, werden in den Medien schlicht totgeschwiegen.

Nun wurden die Ausgaben für Kriegsgerät, Waffen, Maschinen und Munition mit einem Schlag um 60% erhöht! Und wieder keine Information darüber und wieder kein Aufschrei.

Auch die unaufhörliche Demagogie über Zeitungen und Rundfunk, die den Islam insgesamt und die Russen sowieso als Bedrohung und nicht mehr gesprächsfähig darstellt, nehmen nur wenige Menschen wahr.

Dabei geht es bei alledem um nichts anderes als um die Vorbereitung des nächsten gewaltigen Krieges, den die NATO im Namen der Demokratie in absehbarer Zeit beginnen wird.

In Wahrheit aber wird es so sein, wie immer, wenn der Kapitalismus in einer seiner großen Krisen steckt. Im Namen der Kapitalinteressen, im Namen der Konzerne und Banken werden Menschen gegen Menschen gehetzt und Hunderttausende, vielleicht Millionen umkommen.

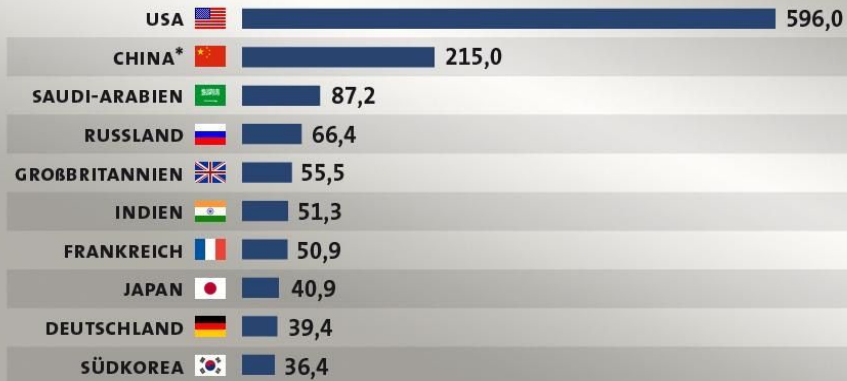
Die Zeichen dafür werden täglich deutlicher. Es wird höchste Zeit, dagegen aufzustehen und den Hetzern und Kriegstreibern das Handwerk zu legen.

Wussten Sie?

Dass sich in den USA statistisch jeden Tag 22 Kriegsveteranen als Spätfolge ihres Einsatzes das Leben nehmen – und auch wenn es in anderen Nationen nicht diese Zahlen, aber auch keine genauere Statistik gibt: Das Problem gibt es in allen Nationen, die Soldaten in Auslandseinsätze schicken.

Die Rüstungs-Top-10 2015

MILITÄRAUSGABEN IN MRD. US-DOLLAR



* SCHÄTZUNG

Quelle: SIPRI

Wissenschaftler der Freien Universität Berlin stellten Ergebnisse eines Forschungsprojektes über „linksradikale“ Einstellungen vor.

Die repräsentative Meinungsumfrage von Infratest Dimap im Jahr 2015 brachte erstaunliche Erkenntnisse zum Vorschein:

- 60% der Befragten halten unsere Demokratie für keine echte Demokratie, da die Wirtschaft und nicht die Wähler das Sagen haben.
- Ebenfalls weit verbreitet ist den Wissenschaftlern zufolge eine fundamentale Kritik an der Wirtschaftsordnung in Deutschland. Jeder Dritte stimmte der Auffassung zu, der Kapitalismus führe zwangsläufig zu Armut und Hunger. Mehr als ein Drittel (37 Prozent) assoziierte Kapitalismus mit kriegerischen Auseinandersetzungen.
- Knapp 30 Prozent (Ostdeutschland 35 Prozent; Westdeutschland: 28 Prozent) gaben an, sie könnten sich eine wirkliche Demokratie nur ohne Kapitalismus vorstellen.
- Ein Fünftel der Bevölkerung (Ostdeutschland: 24 Prozent; Westdeutschland: 19 Prozent) hielt eine Verbesserung der Lebensbedingungen durch Reformen nicht für möglich und plädierte für eine Revolution.

- Knapp 60 Prozent der Ostdeutschen und 37 Prozent der Westdeutschen hielten den Sozialismus/Kommunismus für eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt worden sei, und 42 Prozent gaben an, dass für sie soziale Gleichheit aller Menschen wichtiger sei als die Freiheit des Einzelnen.



An dieser Stelle sei erwähnt, dass am 17. August vor 60 Jahren, gerade mal 11 Jahre nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus, die Kommunistische Partei Deutschlands verboten und ihr Eigentum beschlagnahmt (enteignet) wurde. Auf Antrag der Adenauer-Regierung fällte das Bundesverfassungsgericht dieses Verbotsurteil gegen die KPD. Die von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Wilhelm Pieck 1918 gegründete KPD war bereits unter Hitler 12 Jahre verboten gewesen. Von den 300.000 Mitgliedern der KPD waren ca. 150.000 in KZs oder Zuchthäuser gesperrt und ca. 30.000 umgebracht worden. Der KPD-Vorsitzende, der Hamburger Hafendarbeiter Ernst Thälmann, wurde auf direkten Befehl Hitlers nach 11 Jahren Einzelhaft im August 1944 ermordet. Die Verluste der KPD überstiegen somit bei weitem die jeder anderen Widerstandsgruppe oder Partei in Deutschland.

Die Hintergründe des KPD – Verbots

Die Regierung Adenauer hatte entgegen aller öffentlichen Friedensschwüre schon ab 1949 heimlich mit der Vorbereitung der Wiederbewaffnung begonnen. Der Aufbau der neuen Wehrmacht wurde von ehemaligen Hitler-Generälen



organisiert. Dem stand jedoch eine breite antimilitaristische Grundstimmung gegenüber, die in vielen von der KPD und anderen Friedenskräften organisierten Volksbefragungen, Demonstrationen und Protestaktionen zum Ausdruck kam. Auch eine antikapitalistische Stimmung war in den ersten Nachkriegsjahren noch weit verbreitet. Der Prozess gegen die KPD wurde von Richtern geführt, die teilweise schon während der Nazi-Zeit sich ihre juristischen Sporen verdient hatten.

Luisenkrankenhaus in Lindenfels ohne Lobby

Unsere Gesundheit ist zur Ware verkommen. Für viele von uns dürfte das schon spürbar sein. Neben den steigenden Kassenbeiträgen, die schon längst nicht mehr paritätisch, das heißt zu gleichen Teilen von Beschäftigten und Unternehmen bezahlt werden, vollzieht sich ein Schwund bei der ärztlichen Versorgung in unserer ländlichen Region. In Lindenfels schloss am 31.7.2016 das Luisenkrankenhaus seine Pforten zum letzten Mal. Monatelange Proteste aus der Bevölkerung, sowie den Beschäftigten, fanden in der Politik nicht das nötige Gehör und den Willen um die Insolvenz abzuwenden. Der hessische Sozialminister Stefan Grüttner von der CDU erklärte sich außerstande die 22.000 gesammelten Unterschriften entgegenzunehmen, die eine Bürgerinitiative gesammelt hatte. Engagierte Konzepte und Rettungsversuche von Betroffenen, welche einen abgespeckten Weiterbetrieb „Luise light“ ermöglicht hätten, ließ man ins Leere laufen. Auch die Appelle an die angereisten Bundestagsabgeordneten

Christine Lambrecht SPD aus dem Kreis Bergstrasse und dem Gesundheitsexperten Karl Lauterbach SPD brachten nichts als Sonntagsreden ein.



An dieser Stelle sei erwähnt, dass beide Bundestagsabgeordneten mit routinierter Selbstverständlichkeit, bei jeder Abstimmung in den letzten Jahren, für Bundeswehreinmärsche in Afghanistan und der Türkei stimmten. Auch die milliardenschweren Bankenrettungen der letzten Jahre fanden stets ihre Zustimmung, wie ein Blick in die Bundestagsprotokolle verdeutlicht. So finden wir es als Skandal, dass für den Weiterbetrieb dieses Krankenhauses die vergleichbar bescheidenen Mittel fehlten. Die betroffenen Menschen, darunter die von Arbeitslosigkeit betroffenen Beschäftigten, sowie die Bewohner von 27 Seniorenheimen im Einzugsbereich des Krankenhauses haben das Nachsehen.

E. Schnatz

Unerwartet gut!

Die Stadt Göteborg hat ein Pilotprojekt zum 6 Stundentag bei vollem Lohnausgleich erfolgreich abgeschlossen. Der Zwischenbericht nach dem ersten Jahr war durchweg positiv. Entspannter, gesünder, glücklicher, aktiver bei der Arbeit, so der Tenor aller Beteiligten. Wer mehr als 60 Stunden pro Woche arbeitet, riskiert damit seine Gesundheit. Das haben Forscher immer wieder belegt und argumentieren daher teilweise sogar für eine 25-Stunden-Woche.

Zunächst wurde auf der Orthopädie-station des Uniklinikums das Personal aufgestockt. Es wurden mehr Ärzte und Schwestern eingestellt.

Durch das zusätzliche Personal war es möglich die Operationszeiten zu verlängern. Dadurch konnten mehr Operationen durchgeführt werden, und die Wartezeiten verkürzten sich, wodurch zusätzliche Einnahmen erzielt wurden. Laut Klinikleitung meldete sich seit dieser Umstellung so gut wie keiner mehr krank.



Dieses Pilotprojekt gibt weitere Argumente, um auch in anderen Ländern dem gewerkschaftlichen Kampf um eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich neuen Schwung zu verleihen. Gerade auch auf betrieblicher oder kommunalpolitischer Ebene könnte die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung die Diskussion anregen.

Die Rente ist sicher – aber auf welchem Niveau?

Kürzlich rügte die Bundeskanzlerin den Deutschen Gewerkschaftsbund DGB, mit seiner „Rentenkampagne“ würde er Angst vor der Altersarmut schüren. Dabei sind es gerade Mal vier Jahre her, als uns die damalige

**Stell Dir vor,
Du bist
60
und musst
zu den
Tafeln**

Ministerin für Arbeit und Soziales und heutige Kriegsministerin Ursula von der Leyen vorrechnete, dass man mindestens 35 Jahre lang 2.500 Euro verdienen müsse um einer „Mager-Rente“ zu entgehen.

Gegenwärtig liegt das Rentenniveau bei 48 Prozent des Nettoeinkommens - vorausgesetzt, der Bezieher hat 45 Jahre lang Beiträge gezahlt und bei Durchschnittslohn in Vollzeit gearbeitet. Vor 15 Jahren hatte es noch 53 Prozent betragen, bis die damalige Rot-Grüne

Regierung zur Kürzung ansetzte. Bis 2030 darf es nach geltender Gesetzeslage nun weiter auf 43 Prozent sinken. Was das bedeutet, liegt auf der Hand.

Die derzeitige Ministerin Andrea Nahles stimmt der Gewerkschaft zwar zu, dass, wer jahrzehntelang »malocht« habe, im Alter nicht auf Grundsicherung angewiesen sein dürfe. »Die Bäume können da aber nicht in den Himmel wachsen«, meinte sie. Wieder einmal wurde die alte Leier der demographischen Entwicklung bemüht, wonach immer weniger Beschäftigte für immer mehr Rentner aufkommen müssten.

Wir sind der Meinung, dass Rentenkürzungen oder nur geringe Erhöhungen nicht mit der Alterung der Gesellschaft zu rechtfertigen sind. Sie müsste längst an die Produktivitätsentwicklung gekoppelt sein. Immer weniger Beschäftigte erzeugen ein immer höheres Gesamtprodukt.

Rentenfragen in Gesellschaften mit so hoher Produktivität wie in der Bundesrepublik sind »in hohem Maße Verteilungsfragen und keine Demographiefragen« Die SPD hat als damalige Regierungspartei 2001 die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, dass immer weniger Menschen von ihrer gesetzlichen Rente leben können.

Höhere Renten beginnen mit höheren Löhnen, aber die müssen erkämpft werden, mit und in den Gewerkschaften. Mehr dazu unter www.rente-muss-reichen.de.

R. Weber

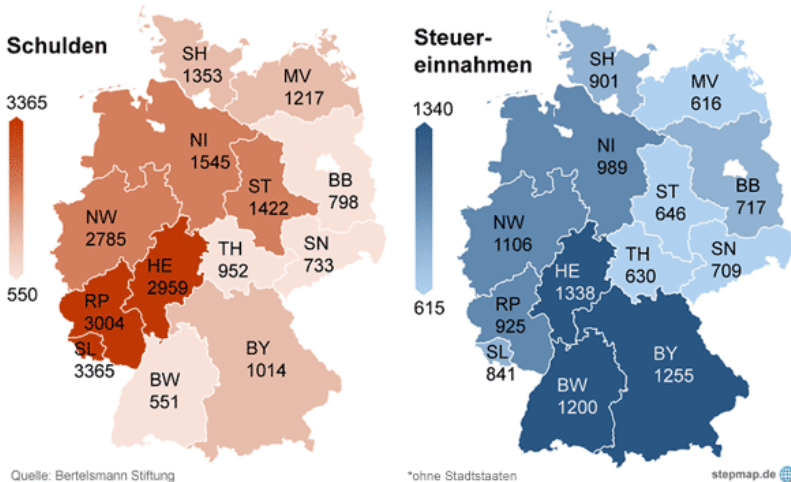


Volkshochschule wird zur Verschiebemasse des Landratsamtes

Die letzte Kreistagssitzung fand Ende September statt. Einer der wichtigsten Tagesordnungspunkte war die Absicht der großen Koalition von SPD und CDU, die Eigenständigkeit der Volkshochschule (VHS) aufzulösen und sie in eine Abteilung des Landratsamtes zu integrieren. Zu diesem Punkt entstand eine rege Diskussion mit zahlreichen Wortmeldungen. Grundlage dafür sollte ein dickes Papier des 1. Beigeordneten Grobeis (SPD) sein, das er Anfang des Jahres erstellt und Ende März dem Kreisausschuss vorgelegt hatte. Allerdings erhielten viele Abgeordnete – so auch die Fraktion der Linken – dieses Papier erst Mitte September. Sie stellten daher einen Eilantrag, diesen Punkt von der Tagesordnung zu streichen und auf einen späteren Termin zu verschieben.

Da war die Aufregung groß, die große Koalition schmetterte diesen Antrag mit ihrer Mehrheit ab. Langsam kam der Grund dafür heraus: Dieses sogenannte Bildungspaket mit der VHS-Verschiebung als Kreisressort war die Grundlage für einen Förderantrag „Bildung integriert“, mit dem man sich im nächsten Jahr EU-Gelder erhofft. Die jetzige Fördermaßnahme läuft demnächst aus, und der Landkreis braucht wieder Geld.

Kommunale Haushalte Angaben in Euro pro Kopf 2014 (Durchschnittswerte*)



Während in Hessen pro Kopf 1.338 Euro an Steuern ankommen, häufen sich ebenfalls pro Kopf 2.959 Euro Schulden an. Die Steuereinnahmen des Bundes werden schließlich zur Finanzierung der Rüstungsindustrie und zur Subventionierung der Superreichen gebraucht (Zahlen aus 2014).

Dies ist ja ein Grundprinzip der Arbeit in den Landkreisen: Man hangelt sich von Förderantrag zu Förderantrag. Viele dieser Förderungen laufen nur kurze Zeit, zwei Jahre oder ein wenig länger. Dann heißt es wieder, wo kann man etwas erbetteln (Entschuldigung: beantragen)? Die VHS wurde als Verein 1951 gegründet, seit 2000 ist sie ein Eigenbetrieb. Acht Vollzeitstellen und 150 Honorarkräfte betreuen mit ca. 300 Angeboten rund 3000 Bürgerinnen und Bürger des Odenwaldkreises. Sie ist daher ein wichtiger Bestandteil der Bildungsplanung und darf nicht Verschiebemasse für Förder- und Spendenhoffnung von hiesigen Firmen sein.

Das Engagement des VHS-Teams ist zu loben und nicht unter allerlei Vorwänden zu beseitigen. Soll die Bildungsarbeit im Odenwaldkreis wirklich von Grund auf verändert werden so muss der Entscheidung eine gründliche, ausführliche Diskussion vorangehen. Peter Jochen Bosse



***Der ODENWALDKURIER ist die Zeitung der DKP
im Odenwaldkreis***

***Er erscheint mehrmals im Jahr in einer Auflage von 3.000
Exemplaren und wird kostenlos verteilt. Verantwortlich im
Sinne des Presserechts ist Reinhold Fertig, Hochstraße 31,
64720 Michelstadt, reinhold-fertig@t-online.de
Spenden und Mitarbeitende sind herzlich willkommen!
Sparkasse Darmstadt, BLZ 508 501 50, Konto-Nr.:
18009340
Stichwort „ODENWALDKURIER“***

Armut, Flucht und Kriegsgefahr – Eine Einordnung

Ein gutes Vierteljahrhundert nach der geglückten Konterrevolution sieht diese Welt entsprechend aus. Die Konkurrenz der politischen Systeme gibt es nicht mehr, seit Boris Jelzin im Suff auf einen Panzer kletterte und mit seinen Kumpanen sein Land verkauft und verraten hat und seit hierzuland die vorschnelle Vereinigung von BRD und DDR gleichsam als patriotischer Schnellschuss herbeigelogen wurde. Die Alternative, von der Rosa Luxemburg einst sprach, scheint entschieden: Sozialismus oder Barbarei.

Der freie Westen hat gesiegt, jenseits der ehemaligen Systemgrenzen sind zwar keine blühenden Landschaften entstanden, dafür aber gigantische Absatzmärkte und Ressourcenspeicher. Und seit dem Augenblick, in dem das world trade center zusammen stürzte, weiss man von Nordamerikas Pazifikküste bis in den Ural, wo der gemeinsame Feind steht. Und dass wir uns vor ihm zu schützen haben. Und unsere Interessen, die der freien Welt natürlich, auch vertreten müssen.

Denn das Leben geht weiter, jedenfalls hier. In Syrien, im Irak, in Afghanistan, in der Türkei und in Afrika sieht das schon ganz anders aus.

Doch das wird von Politik und Konzernmedien erfolgreich verdrängt und totgelogen. Und damit es klappt, gibt man der erbosten Volksseele, die wohl schon lange dunkel spürt, hier ist etwas faul, ein Ersatzopfer. Früher nannte man diese Strategie „Brot und Spiele“, und sie ging auch damals auf.

Und heute scheint das erst Recht zu gelingen, die Methoden sind schließlich so fein und so genau dosierbar, Meinung ließ sich noch nie so sauber machen, wie im Zeitalter der Flachbildschirme und digitalen Netze. Und Freiheit ist heute vor allem die Freiheit der Wahl zwischen Granatäpfeln und Erdbeeren im Januar und zwischen Gabriel und Merkel in Berlin.

Brot fürs Volk, damit es nicht auf dumme Gedanken kommt. Und Spiele dazu,- eines davon nennt man Demokratie und dass die nach Regeln gespielt wird, die das Volk nicht in jedem Fall kennt und nicht erkennen soll, das schimmert nur manchmal kurz durch.

Wenn etwa herauskommt, dass hinter den feigen Morden an türkischstämmigen Mitbürgern nicht nur eine brutale und dumme Organisation

faschistischer Überzeugungstäter steckt sondern dass auch der Verfassungsschutz seine Finger im Spiel hat. Doch wenn man weiß, dass Banken und Konzerne bisher noch immer dann die braunen Horden marschieren ließen, wenn ihnen das hilfreich erschien, dass Hitler, Mussolini, Franco oder auch Papadopoulos und die Portugiesen Salazar und Caetano stets Marionetten des Kapitals waren, wenn man das weiß und nicht verdrängt, wird man verstehen und einordnen können, warum es in diesem Staat im 21. Jahrhundert möglich ist, dass in wenigen Jahren hunderte von Menschen dem braunen Terror zum Opfer fielen und die Staatsgewalt dazu weitgehend schwieg.

DIE KRISE HEISST KAPITALISMUS

Systemwechsel



Betroffenheitssymbolik ersetzen weder die Bekämpfung der Neofaschisten noch die Auseinandersetzung mit dem Nährboden, der sie wachsen und gedeihen lässt.

Es ist so: in unserer Demokratie gelten Spielregeln, die manchen alles und Vielen wenig erlauben. Und damit das nicht herauskommt, werden Sündenböcke durch die Straßen getrieben,- auch das hat Geschichte in diesem Land.

Heute sind es die Menschen, die aus ihrer Heimat geflohen sind, fliehen mussten, weil sie verfolgt oder bedroht wurden oder weil sie einfach nicht

verhungern wollten. Die Armen aus Afrika werden hier jetzt ausgespielt gegen die Armen bei uns. Um abzulenken von denen, die alle Armut, hier wie dort, verschuldet haben.

Brot und Spiele und keine Alternativen in Sicht. So scheint es. Doch das ist nur die halbe Wahrheit.

Noch gibt es Menschen, die sich nicht blenden lassen, sondern nachfragen und über den eigenen Tellerrand hinaussehen. Menschen, die kein Leben führen wollen, das man anderswo ausgesaugt hat.

Menschen, denen die Schlachtenpause hier bei uns nicht ausreicht, die das Ende des Mordens auch in Asien und Afrika fordern und nicht daran interessiert sind, dass Heckler und Koch Mordmaschinen in die arabische Welt liefern. Menschen, deren Interessen eben nicht am Hindukusch oder am Persischen Golf vertreten werden.

Noch gibt es Menschen, und es werden mehr, die Freiheit nicht mit Beliebigkeit und dem Recht des Stärkeren gleichsetzen sondern mit Verantwortung verbinden. Menschen, die nicht einsehen, warum in einem der reichsten Länder dieser Erde die Freiheit des Herrn Ackermann erst nach 9,4 Millionen pro Jahr eingeschränkt wird während sie für eine alleinerziehende Frau und ihre Kinder schon mit dem Regelsatz nach Hartz IV zu Ende geht.

Und noch gibt es Menschen, die sich einfach nicht mit staatstragenden Lügen abspeisen lassen sondern selbst denken, nachforschen, nachhaken.

Menschen, die sich nicht einreden lassen, dass die Unverschämtheit geflüchteter Menschen unser Land in den Ruin treibt. Menschen, die sich daran erinnern, dass Banken, Versicherungen, Agenturen und Konzerne die großen Wirtschaftskrisen der letzten Jahre ausgelöst haben, hier bei uns und in Griechenland und in Afrika und dem nahen Osten auch. Menschen, die zornig werden, wenn in diesen Krisen das einfache Volk hierzuland gegen das einfache Volk aus anderen Ländern aufgehetzt wird während zur gleichen Zeit an den Börsen die Champagnerkorken knallen.

Es braucht solche Menschen, es braucht uns und all die anderen, die den Lügen nicht mehr glauben wollen, heute mehr denn je.

Unseren Mut, unsere Frechheit, unseren Zorn, unsere Liebe und unseren langen Atem.

Unsere Aufmerksamkeit, unser Mitgefühl und unsere Solidarität.

Lasst euch nicht täuschen und ablenken, und lasst uns nicht aufhören, zu träumen und zu kämpfen.

Denn unser Kampf kann erst dann zu Ende sein, wenn sich der Traum erfüllt. Ein Traum, der keiner ist sondern die einzige Alternative zu der Barbarei, die nach und nach alle ihre Masken ablegt.

Frieden, Gerechtigkeit und Zukunft für alle Menschen sind heute nur im weltweiten Maßstab denkbar und machbar. Es geht nicht mehr um regionale Fragen, Probleme und Interessen sondern um internationale und solidarische Lösungen.

Es wird Zeit, dass wir aus der Ruhe und manche auch aus der Resignation erwachen. Frieden, Gerechtigkeit und Zukunft für alle Menschen sind längst Systemfragen, längst globale Fragen geworden. Darum wird es Zeit, dass wir der Globalisierung der Finanzmärkte und ihrer Jongleure und politischen Steigbügelhalter unsere eigene Internationale entgegensetzen, Bündnisse schaffen, Netze knüpfen und auch all denen ein Gesicht und eine Stimme geben, die durch die Maschen fallen oder von uns noch gar nicht wahrgenommen werden.

Arbeitet mit an *dieser* Globalisierung, in *dieser* Internationale. Sie ist das Ziel, das alle unsere Anstrengungen wert ist. Und das Ziel, zu dem es keine wirkliche Alternative gibt.

Die XXII. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz findet am 14. Januar 2017 statt, und wir sind dabei. Interessierte sollten sich rechtzeitig melden, da wir die Bahnplätze reservieren müssen.

14. Januar 2017
Mercure Hotel MOA
10559 Berlin



XXII. Internationale
Rosa Luxemburg
Konferenz

... offensichtlich ein altes Problem

Ein Mann, der eine ganze Masse, gezahlt hat an die
Krankenkasse,
schickt jetzt die nötigen Papiere, damit auch sie nun tun das
Ihre.

Jedoch er kriegt nach längerer Zeit, statt baren Gelds nur den
Bescheid,
nach Paragrafenziffer X, bekomme er vorerst noch nix,

Weil, siehe Ziffer Y, man dies und das gestrichen schon,
so dass er nichts laut Ziffer Z, beanspruchen weiter hätt.

Hingegen heißt's nach Ziffer A, dass er vermutlich übersah,
dass alle Kassen, selbst in Nöten, den Beitrag leider stark
erhöhten,

Und dass man sich mit gleichem Schreiben, gezwungen seh,
ihn einzutreiben.

Besagter Mann denkt, krankenkässlich, in Zukunft
ausgesprochen hässlich.“

Eugen Roth, 1935



CommPress Verlag GmbH Hoffnungstraße 18

D-45127 Essen Telefon +49 201 177889-23

E-Mail: info@unsere-zeit.de, www.unsere-zeit.de www.uzshop.de